

Kurzprotokoll der Stadtratssitzung vom 13.01.2021

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 23.45 Uhr

Ort: Bürgersaal

Sitzungsleiter: Erster Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann

Anwesend: Hans-Peter Adolf, Jürgen Ascherl, Florian Baierl, Albert Biersack, Götz Braun, Bastian Dombret, Norbert Fröhler, Christian Furchtsam, Harald Grünwald, Ulrike Haerendel, Jochen Karl, Manfred Kick, Josef Kink, Alfons Kraft, Walter Kratzl, Joachim Krause, Rudi Naisar, Christian Nolte, Daniela Rieth, Gerlinde Schmolke, Sefika Seymen, Michaela Theis

Entschuldigt: Salvatore Disanto, Harald Grünwald, Felicia Kocher

Verwaltung: Hr. Brodschelm, Fr. Knott, Fr. May

Experten: Hr. Maier (EWG); Fr. Gerlach, Hr. Görner, Hr. Obert (Die Umweltmeister)

Presse: Frau Brosch, Fr. Gnau, Hr. Schwalbe

Gäste: ca. 5

Öffentliche Sitzung

Hr. Adolf beantragt und begründet, dass N3 öffentlich diskutiert werden sollte. Bebauungspläne müssen öffentlich diskutiert werden und hier ginge es um die wesentliche Frage der SoBon oder einer Ablösung derselben.

(Ausschluss der Öffentlichkeit)

...

(Öffentlichkeit wird wieder zugelassen)

Der Bürgermeister stellt Hr. Brodschelm, GB 1, vor. Hr. Brodschelm schildert kurz seinen Werdegang.

Bürgerfragestunde: nichts

Ö3 Bericht der EWG-Geschäftsführung zum Projektstand

Hr. Maier berichtet:

- Wärmeabsatz war in 2020 geringer als geplant (bes. warmes Jahr)
- Aber Neugeschäft war sehr gut, auch durch Vertrag mit Eigentümern der Komm.zone
- Technik läuft gut, auch wg. hoher Qualität des Wassers
- EWG will künftig gezielt Werbung mit CO2-Ersparnis machen (angesichts neuer CO2-Steuer)
- Künftig stärkerer Einsatz intelligenter lernender Programme, die z.B. genaue Auskunft über zu erwartendes Heizverhalten geben. Ermöglicht gezieltere Abstimmung, ob Zuheizen mit Gas nötig wird.

Diskussion:

- Hr. Adolf bemängelt, dass genaue Gas-Anteile nicht benannt wurden. Der Primärenergiefaktor sei mit 0,49 miserabel. Er fragt nach dem Stand Holzheizkraftwerk in Hbk.

Hr. Maier erwidert:

Der Geothermie-Anteil sei bei 75% und sie arbeiten daran, den höher zu bekommen. Auch bessere Nutzung des Rücklaufs bringt eine Besserung des Geothermieanteils.

Hr. Maier und Hr. Braun stellen klar, dass der niedrige Primärenergiefaktor in München daraus resultiert, dass München Müll verbrennt, der mit „O“ bilanziert wird.

Ö4 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für eine Windkraftanlage in dem im Flächennutzungsplan dargestellten SO Windkraft; Aufstellungsbeschluss durch den Stadtrat

Frau Knott erläutert, dass der Sachvortrag noch ergänzt wurde um das Planungsziel Photovoltaik.

Hr. Adolf plädiert für „Agro-PV“, die noch in der Erprobung sei, aber ein interessantes Projekt gerade in Zusammenarbeit mit dem Forschungscampus. Er hätte gern noch zweites Windrad.

Hr. Ascherl fragt nach Nachbargemeinden und Bürgerbeteiligung.
(Werden im weiteren Bebauungsplanverfahren einbezogen).

Hr. Nolte betont, dass es sich um ein ungeheuer hohes Bauwerk handelt (dritthöchstes Gebäude in By). In diesem engen Ballungsraum sei dieser Standort schwierig. Man provoziert Bürgerwiderstand, wenn man nicht jetzt schon die Bürger einbindet.

Hr. Braun weist darauf hin, dass alle Abstände und Emissionsschutz im Bebauungsplanverfahren zur Sprache kommen. Er ist auch für Bürgerbeteiligung, evtl. auch Beteiligungsmodelle. Er fragt, ob man das Bplan-Verfahren auch jetzt schon auf das ganze im Flächennutzungsverfahren ausgewiesene Gebiet erweitern kann. Er möchte nicht Panikmache vor einem hohen Bauwerk. Hier entsteht eine „Ikone einer neuen Zeit“.

Hr. Biersack verstärkt Hr. Noltens Bedenken. Er müsse jetzt auch mit dem neuen Windrad der Stadt München und dessen Schlagschatten leben. Der Ballungsraum sei hier nicht geeignet. Und alle Gemeinden legten die Windräder grundsätzlich an ihre Nordgrenze.

Hr. Adolf weist auf die „verheerenden Folgen“ der 10H-Regelung hin. Er schließt sich Hr. Braun an, dass hier nicht Ängste geschürt werden sollen. Mit den sehr langen Rotorblättern ergibt sich die Gesamthöhe, ausschlaggebend sei aber eher die Nabenhöhe von ca. 180 m.

Hr. Dombret fragt nach der Fa. Ostwind. Fr. Knott antwortet, dass die Fa. Ostwind selbst aktiv geworden ist und mit einem Grundstücksbesitzer dort einen Vertrag geschlossen hat. Außerdem ist sie mit der Fa. Siemens und deren neuester Windtechnologie im Benehmen.

Fr. Rieth betont, dass hier nicht in erster Linie ästhetische Gesichtspunkte in Rede stehen, sondern der Klimawandel. Wir müssen hier mutig und im Interesse künftiger Generationen vorangehen.

Hr. Nolte erwidert, dass der Strom manchmal durchaus zu viel erzeugt wird und gelegentlich Windräder abgestellt werden müssen.

Weitere Diskussion wiederholt weitgehend die Argumente.

Bgm. fragt, warum hier überhaupt von „Ängsten“ die Rede ist. Das ist ein zukunftsweisendes Projekt und muss so von uns dargestellt werden.

Hr. Kick hätte sich noch modernere Technologie an der Stelle gewünscht, aber wird zustimmen, weil hier etwas vorangeht und die Speichertechnologien etc. sich verbessern werden.

Hr. Braun plädiert nochmal für einen aufklärerischen Umgang mit dem Thema. Man sollte auch die Anschauungsmöglichkeiten durch die Münchner Windräder dafür nutzen.

Gegen 4 St. (Nolte, Biersack, Seymen, Furchtsam) so beschlossen.

Ö5 Antrag der SPD-Fraktion: Nachhaltiges Nachpflanzkonzept für zu fällende Bäume unter Berücksichtigung dabei des ökologischen Werts und Einbindung der interessierten Bevölkerung - Verweisung in den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

einstimmig

Ö6 Antrag auf Errichtung eines Betonmischwerks in der Schleißheimer Str. 86, Fl.Nr. 1790/6; Sachstandsbericht, weiteres Verfahren

abgesetzt

Ö7 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 189 "Aufwertung GE Hochbrück - zwischen Schleißheimer Straße und Zeppelinstraße"

Hr. Baierl äußert Skepsis, ob es mit der Neuaufstellung gelingen wird, Negativeinrichtungen abzuwenden. Fr. Knott bestätigt das. Allgemeine Bebauungspläne haben nur begrenzte Wirkkraft.

Einstimmig (ohne Hr. Biersack, der persönlich betroffen ist).

Ö8 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 189 "Aufwertung GE Hochbrück - zwischen Schleißheimer Straße und Zeppelinstraße"; Erlass einer Veränderungssperre zur Sicherung der Planung.

Einstimmig (ohne Hr. Biersack, der persönlich betroffen ist).

Ö9 Übertragung von Aufgaben des Stadtrates auf den Ferienausschuss während des bayernweit festgestellten Katastrophenfalls sowie bei Überschreitung der 7-Tage-Inzidenz von 200 im Landkreis München

Diskussion, ob es jetzt (im Katastrophenfall) wirklich erforderlich ist, auf den Voll-Stadtrat zu verzichten. Mehrere Redner sind dafür, es nur auf den Inzidenz-Wert von 200 zu beschränken.

Beschluss (nur für Inzidenzwert, nicht für Katastrophenfall) gegen 3 (grüne) Stimmen

Ö10 Bekanntgabe von nicht-öffentlichen Beschlüssen, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind

Ö11 Mitteilungen aus der Verwaltung

- Antrag der Grünen auf Ausstattung der städt. Nutzfahrzeuge mit Abbiegeassistenzen ist umgesetzt.
- Bgm. berichtet zum Stand der Impfkationen.
- Eltern bekommen ihre Kita-Gebühren erstattet, die keine Notbetreuung in Anspruch nehmen.

Ö12 Sonstiges; Anträge und Anfragen

- Hr. Ascherl fragt, ob Menschen ab 80 automatisch angeschrieben werden wg. Impfung. Bgm bejaht das.
- Er regt an, dass Bürger mit auf die „Schmierfinken“ achten, die in Garching an Wänden etc. gesprüht und gemalt haben.
- Hr. Kratzl fragt nach Corona-Ausbruch im Pflegeheim. Bgm. antwortet, dass es 24 Erkrankungen und 3 Todesfälle gab.
- Hr. Baierl fragt nach:
- Autobahn-PV-Anlage/Bürger-Energiegenossenschaft
- Neubau des Feuerwehrhauses
- Haushaltsplan

Bgm. erwidert, dass Baugenehmigung des LRA erst für Herbst angekündigt ist. Baubeginn erst 2022. Haushalt ist jetzt intern abgeschlossen, Corona-Einschränkungen machen sich erst verzögert bemerkbar. Wir brauchen noch Grundsatzentscheidung, ob Ausschreibung der PV-Anlage oder Vergabe an den einen Bewerber.

- Hr. Adolf fragt, warum Breitbandanschluss beim Gymnasium noch nicht vorhanden ist. Er wird polemisch gegen den Bgm.. Fr. May erwidert, dass es von Seiten der Telekom in Abstimmung mit der Verwaltung in Arbeit ist.
- Hr. Furchtsam weist darauf hin, dass es Probleme an der Hohen-Brückenstraße in Hbk. durch langfristig abgestellte Transporter, Wohnwägen, Anhänger etc. gibt.
- Auf Nachfrage von Fr. Rieth berichtet der Bgm., dass bei Schulen Bedarf für Kinder abgefragt wurde und 200 Tablets ausgegeben wurden (z.T. nicht im Förderprogramm des Freistaats).
- Hr. Braun weist darauf hin, dass Erhöhung der Müllgebühren auch hätte begründet werden sollen. Er regt an, dass Stadt sich um FFP2-Masken für Bürger mit geringen Einkommen kümmert. Bgm. sagt das zu. Es wurden bereits Masken in großer Stückzahl geordert.

Ö12.1 Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen zum Antrag der SPD vom [29.11.2020](#)

Einstimmig so beschlossen.

Protokoll: Ulrike Haerendel